

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 697

Mittwoch, 5. Februar 2020

27. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

USAC: Sind Studentinnen Freiwild für das studentische „Huelga-de-Dolores-Komitee“?.....	1
Was vom Vorbeugezustand von Giammattei und den militarisierten Landkreisen geblieben ist.....	3
Gesetz zur Förderung behinderter Menschen in Arbeit und Bildung verabschiedet.....	5
Können Abgeordnete, die nicht Parteimitglieder sind, eine Fraktion dieser Partei führen?.....	5
Die Migrationskrise nimmt wieder zu.....	5
Kriterien für die Berufung in den Obersten Gerichtshof: Mindestzahl von 73 Punkten bleibt.....	6
PBI-Guatemala ist besorgt über die Situation im Polizeiarchiv (La Isla).....	6

### USAC: Sind Studentinnen Freiwild für das studentische „Huelga-de-Dolores-Komitee“?

**Guatemala, 29. Jan.** - Abgeordnete der WINAQ und der Bewegung SEMILLA sowie VertreterInnen der Vereinigung der Universitätsstudierenden (AEU) möchten Antworten auf die Angriffe auf zwei Studentinnen der USAC im Zusammenhang mit Initiationsriten des Komitees der „Huelga de Dolores“ erhalten. Der Missbrauch der beiden jungen Frauen entfachte eine Diskussion über die Unsicherheit und die Gewalt gegen Frauen an der öffentlichen Hochschule.

Die genannten Fraktionen von WINAQ und SEMILLA haben daher Murphy Paiz, den Rektor der USAC, aufgefordert, zu erklären, was bei den Angriffen gegen zwei Studentinnen am letzten Samstag, den 25. Januar, auf dem Gelände der Universität passiert, und welche Schutzmassnahmen die Universität diesbezüglich ergreifen werde. Sie reagierten damit auf einen öffentlichen Aufruf über die Facebook der AEU von letztem Montag, in dem sie fordern, dass der Rektor von „Abgeordneten von würdigen Fraktionen“ her zitiert werde. Die AEU machte ihre Empörung über die Gewalttat in den Gebäuden der Universität Luft und qualifizierte sie als „systemisch“. Sie zeigte auch ihre Sorge über die fehlenden Präventionsmassnahmen und Mangel an Sanktionen von Seiten der Verwaltung. „Die Ereignisse vom 25. Januar zeigen einmal mehr, dass die höchsten Universitätsstellen die Angriffe gegen Frauen, die sexuellen Missbräuche und all die Gewalttaten im Rahmen der Huelga tolerieren und diese Taten Jahr um Jahr straffrei bleiben“.

#### Die empörende Initiation in das „ehrenhafte“ Huelga-Komitee

Am Samstag, den 25. Januar gegen 16 Uhr Ortszeit wurden zwei junge Frauen, Studentinnen der USAC in das Krankenhaus San Juan de Dios gebracht. Sie waren ohne Bewusstsein, nachdem sie bei einer Veranstaltung im Gebäude T1 der Fakultät für Architektur und Gestaltung geholfen hatten. An der Veranstaltung nahmen die Komitees der verschiedenen akademischen Fakultäten teil, um das „ehrenhafte“ Huelga-Komitee 2020 und die Ordenskommission zu bilden. Nur geladene Personen waren zugelassen. Dieses Ereignis findet jedes Jahr statt und deren Initiationsritus ist schon häufig kritisiert worden, denen die KandidatInnen ausgesetzt werden.

Aldo Dávila, einer der Abgeordneten von WINAQ [und frisch gewähltes Mitglied des Menschenrechtsausschusses des Kongresses, d.Red.], die den Rektor vorluden, begleitete die Familien der zwei Frauen ins Krankenhaus, während sie warteten, bis diese aufwachten. Später kamen auch Mitglieder der AEU. Dávila kennt eine der beiden Studentinnen persönlich – als Aktivistin bei *Gente Positiva*, einer Organisation, die sich für die Menschenrechte von AIDS-Kranken einsetzt und die Dávila zehn Jahre lang leitete. Er sagte, dass ihn der Gesundheitszustand der zwei Frauen schockierte: „Sie waren bewusstlos, an Schläuche angeschlossen. (...) Eine Mutter sagte mir, dass sie sie ausserhalb des T1-Gebäudes im Gras liegen gelassen haben. Eine ihrer Freundinnen habe sie anerkennt und sofort die Eltern alarmiert“.

Besorgt darüber, dass ihre Töchter möglicherweise unter Drogen gesetzt und sexuell missbraucht worden sein könnten, und unsicher darüber, wann diese ihr Bewusstsein wiedererlangen, gingen die zwei Mütter, begleitet von Aldo Dávila, zur Staatsanwaltschaft (MP), um eine Anzeige aufzugeben und zu beantragen, dass toxikologische und forensische Untersuchungen eingeleitet werden. „Im Krankenhaus haben sie nicht mehr gemacht als ihnen ein Serum zu verabreichen. Sie sagten, dass sie nicht wüssten, was sie da taten. Als die Frauen auf nichts reagierten, haben sie dann gar nichts ge-

macht, rein gar nichts“, sagte Dávila konsterniert. Er fuhr fort, dass er gehört habe, wie einige vom medizinischen Personal die Situation der Jugendlichen banalisierten. Auch von einer realen Sorge um einen möglichen Missbrauch waren sie weit entfernt. Dávila vermutet, dass dies die Ursache dafür ist, dass sie keine toxikologischen Untersuchungen gemacht haben. „Ich hörte, dass einige Doktoren sagten, dass sie ja selbst schuld seien, warum machen sie auch so etwas mit? Als ob dies nur eine Party wäre“.

Am Zentralen Sitz der MP und in deren Abteilung ausserhalb des Krankenhauses sagten die ErmittlerInnen den Müttern, dass die beiden Geschädigten ihre Anzeige persönlich überbringen müssten. Dabei sind sie doch bewusstlos in ihren Betten. Dávila erlebte die Situation als frustrierend. Während die Zeit verstrich, schwand die Möglichkeit, um eine verdächtige Substanz im Blut der Frauen zu finden. (...)

Die Aktivität des Huelga-Komitees begann am Samstagmorgen. Die Familien hörten das letzte Mal von ihren Töchtern zwischen 12 und 1 Uhr mittags. Als die Mutter alarmiert wurde, war es acht Uhr abends und die Tochter mehr als vier Stunden bewusstlos.

Die eine Jugendliche begann die Freundin anzusprechen, obwohl diese bewusstlos im anderen Bett lag, aber sie befragte auch eine andere Freundin, die mit ihnen dort war, sagt Aldo Dávila. Aus diesem Umstand entsprang die Vermutung, dass eine dritte Frau angegriffen worden sein könnte. Er erhielt die Information, dass diese wohlauf und zu Hause sei, obwohl es ihm besorgniserregend erschien, dass bis jetzt keinerlei Bestätigung von ihr oder ihrer Familie vorliegt.

Die zweite Frau wachte um zehn Uhr nachts auf, allerdings in einem kritischen Gesundheitszustand. Beide zeigten spezifische Charakteristika beim Aufwachen, sagt Dávila. Das Sprechen fiel ihnen schwer. Eine von ihnen hatte das Gefühl, dass ihr ganzer Körper wie abgestorben sei.

Schliesslich wurde die Anzeige beim MP offiziell aufgenommen. Die MedizinerInnen des Nationalen Instituts für Forensische Wissenschaften (INACIF) erschienen am Sonntagmorgen um vier, als die beiden Frauen 12 Stunden lang im Krankenhaus waren. Allerdings sind die forensischen Untersuchungsergebnisse noch offen, sodass weiterhin unklar ist, ob die Frauen eine gefährliche Substanz in ihrem Organismus hatten oder ob sie sexuell missbraucht wurden.

### **USAC, ein Ort, in dem die Straffreiheit regiert; die Missbräuche kommen ans Licht**

Um als Mitglied des „ehrenhaften“ Huelga-Komitees 2020 ausgewählt zu werden, müssen sich die Teilnehmenden einer Initiation unterziehen. Auch wenn diese Rituale denselben Charakter von Erniedrigung und Missbrauch haben wie die Taufen, denen sich StudienanfängerInnen unterziehen müssen, ist es wichtig, diese voneinander zu unterscheiden. Die Taufen wurden 2011 vom Obersten Universitätsrat (CSU) verboten, werden jedoch Jahr für Jahr weiterhin durchgeführt. Seit 2017 hat das Menschenrechtsbüro PDH zehn Anzeigen oder Notrufe im Zusammenhang mit den Taufen an der USAC erhalten.

Die Initiationen sind ganz einige Aktivitäten des Huelga-Komitees, die – theoretisch – dadurch gerechtfertigt sind, dass sie Teil der Huelga de Dolores sind, jenes satirischen Umzugs, der 2010 vom Kulturministerium zum Unantastbaren Nationalen Erbe erklärt wurde. Durch diesen Schutzschild haben die Komitees alle Freiheit, um ihre Missbräuche zu begehen, ohne dass jemand eingreifen würde, und so wurden die Gewinne, die in den vergangenen Jahren erzielt wurden, gestützt. Zum Beispiel die Einnahme von Parkplätzen und Eingängen zur USAC, zum Teil unter Waffeneinsatz, um angeblich Geldmittel für den satirischen Zug zu sammeln. All dies im Namen einer Tradition, die 1898 begann. [*¡Fijáte! berichtete in den Heften 604 und 653 ausführlich darüber; d.Red.*]

„Es gibt diese Gruppendynamik aus Zwang und Einschüchterung. Was der Student am Ende will, ist ankommen, studieren und wieder gehen. Und sein akademisches Universitätsleben auf dem Campus ganz normal durchziehen. Wenn sie also mit dieser Form von Zwang konfrontiert werden, ist der einzige Weg, den sie sehen, einzuwilligen“, erläutert Molly Acevedo von der AEU. Laut dem, was die AEU gehört hat, gehörte zum Initiationsritus am vergangenen Samstag die Beantwortung von Fragen zur Geschichte der Huelga de Dolores. Jedes Mal, wenn jemand falsch antwortet, ist diese/r verpflichtet, einen Likör zu trinken. Einige KandidatInnen baten darum, gehen zu dürfen, da sie nicht mehr weitermachen könnten, aber dieses wurde ihnen abgeschlagen. Anderen wurde auferlegt, auf Knien das Gebäude zu umrunden. Molly Acevedo ist die Sekretärin für Genderfragen bei der AEU. Sie versichert, dass mit Beginn der Vorbereitungszeit für den Huelga de Dolores die Atmosphäre auf dem USAC-Campus noch unsicherer wurde.

„Auch wenn die Universität das ganze Jahr über unsicher ist, in der Zeit der Huelga, die fast das ganze erste Trimester umfasst, steigt die Unsicherheit ins Unermessliche. Das beginnt einen Monat vor dem Bau der Karossen und Vorbereitungen des Umzugs, wenn sie die finanziellen Mittel einsammeln. Die Unsicherheit an der Universität hängt am Verkauf von Drogen und geht bis zu sexueller Gewalt. Besonders hoch sind die Zahlen der sexuellen Belästigungen, entweder durch Studenten oder Professoren“, berichtet Acevedo.

Laut einer Umfrage unter 700 Studierenden von 2019 sagten 89 % der Frauen an der USAC, dass sie auf dem Campus Belästigungen erlebt hätten, 30 % davon seien von DozentInnen ausgegangen.

Unter diesen Bedingungen der generellen Unsicherheit und Straffreiheit sowie dann, wenn die Belästigungen und Angriffe im Alltag als normal empfunden werden, steigt die Gefahr für Frauen, Opfer sexueller Gewalt zu werden, weil die Schwere der Taten eskaliert, etwa wie bei den Initiationsriten. Daher gab es bei der AEU die sofortige Sorge, dass die zwei ins Krankenhaus gebrachten Frauen Opfer sexueller Gewalt gewesen sein könnten.

Für Molly Acevedo zeigte sich die Straffreiheit, die die Komitees geniessen, eindeutig anhand der Ereignisse am Samstag. Die Angriffe fanden nicht im Schutz der Dunkelheit statt, wo sie niemand sehen könne, auch nicht als die Frauen allein gelassen wurden, aber keine Hilfe bekamen. Nein, all das fand am helllichten Tag statt, zusammen mit vielen KommilitonInnen und auf dem Campus einer öffentlichen Universität, die über eigenes Sicherheitspersonal verfügt.

„Sie erzählen dir diese Mythen, dass die Gewalt gegen Frauen nachts zunehme, an dunklen Orten stattfinde, und dass sie diesen Ergebnissen total ohnmächtig ausgeliefert seien. Man nimmt an, dass die USAC überall an den Gebäuden Überwachungskameras hat. Und es war eine Feier mit vielen Teilnehmenden, mit Musik. Es ist nicht möglich, dass für die Verwaltung oder die Sicherheitskräfte diese Probleme unbekannt sind“.

### **Einem Rektor ist das Wohlergehen der Studierenden der USAC – so scheint es - egal**

Am Samstagabend kam die PDH ins Krankenhaus, um die Situation zu erfassen und die Familien der zwei Frauen zu beraten. In den sozialen Netzwerken kursierten einige Appelle, die die Unsicherheit an der USAC verurteilten und fehlende Aktivitäten der Universitätsleitung kritisierten. Am selben Abend äusserte sich der Rektor, Murphy Paiz, auf seinem Twitter-Account: „Wir bedauern sehr, was heute in den Gebäuden der USAC passiert ist. Vertrauen Sie uns, dass diese Aktivitäten unseren Institutionen total fremd sind. Es wurde gegenüber der MP eine Anzeige gestellt und im jetzigen Moment verfolgen die Leitungspersonen der USAC den Zustand der Studentinnen im Krankenhaus.“

Die AEU lehnt diese Erklärung des Rektors ab, insbesondere weil die Nähe zwischen Murphy Paiz und den Komitees bereits häufig öffentlich beklagt wurde. „Uns stört diese Situation gewaltig. Es ist klar, dass die Gewalt dieser Institution nicht fremd ist, diese Institution ist dafür verantwortlich. Es gibt auch Fotografien, die Murphy Paiz mit dem Streikkomitee zeigt. Und auch vom Sekretär des Obersten Universitätsrates, Francisco Valladares, gemeinsam mit dem Komitee der Architektur. Das sind Leute, die wissen, dass diese Aktivitäten Jahr für Jahr durchgeführt werden. Stell Dir vor, von wie vielen Vorkommnissen wie dem am Samstag wir gar nicht wissen?“, argumentiert die AEU-Sekretärin, Molly Acevedo. Sie beharrt auf ihrer Aussage, dass die Universitätsleitung für die Sicherheit der Studierenden verantwortlich sei und für all das, was innerhalb der Mauern ihrer Universität geschieht. Aber sie haben keinerlei präventive Massnahmen unternommen, um das Verbot der Taufen durchzusetzen, und noch weniger die Initiationsriten zu unterbinden. Seit 2019 ist die AEU Teil einer Sicherheitskommission der Universität. Es wurden dort verschiedene Massnahmen diskutiert, um das Gewaltniveau zu senken, z.B. die Parkplätze mit einem Pre-paid-System zu versehen, um die ökonomischen Anreize für die Komitees, die Parkplätze zu übernehmen, auszusetzen.

In Bezug auf die Gewalt gegen Frauen wurden im vergangenen Jahr Notrufknöpfe installiert. Auch wenn diese in dem Moment, in dem ein Angriff geschieht, helfen mögen, ist es nicht ausreichend, um die Gewalt einzudämmen, sagt Acevedo. Es gibt keinerlei Kräfte auf Seiten der Leitung, die beispielsweise Verantwortung zu übernehmen, um diesen Angriffen vorzubeugen oder einen Kulturwandel auf dem Campus herbeizuführen: „Es gibt keine Kultur der Bewusstseinsbildung, keine Sensibilisierungskampagnen. Nach dieser Umfrage im vergangenen Jahr, die das Ausmass des Problems aufzeigte, wurde im Oktober eine Regelung entworfen, um sexuelle Belästigung an der USAC vorzubeugen, zu sanktionieren und auszusradieren. Die Leitung sagt, dass sie dabei sei, diese umzusetzen, aber bis heute ist diese noch nicht verabschiedet worden. Nie antworten sie auf die Frage, warum nicht“.

### **‘Ein Vergewaltiger auf deinem Weg’ - und an deiner Universität**

*Nómada* fragte bei Murphy Paiz an, ob er zu der Befragung am 31. Januar gehen werde. Er antwortete über Messenger, dass er seinen Terminplan geändert habe. Der Rektor gab keinerlei weitere Antworten auf die Frage, ob die Geschehnisse am Samstag ihn zu einer grösseren Presseerklärung angeregt hätten.

Die Familie einer der Frauen erhielt Bedrohungen nach Verlassen des Krankenhauses.

In strikter Ablehnung der geschlechtlichen Gewalt an der Universität haben die Frauen der USAC zu einer Zusammenkunft am heutigen Mittwoch (29.01.) um 11.30 am Zentralen Campus gerufen, wo sie die Performance ‘Ein Vergewaltiger auf deinem Weg’ aufführen werden. Dazu wurde die Zeilen der neuen feministischen Hymne auf den Kontext der USAC umgeschrieben und schwere Vorwürfe gegen die Komitees und den Obersten Universitätsrat (CSU) gerichtet. Diese symbolische Anklage wird direkt vor dem Rektorat stattfinden, wo sich Murphy Paiz mit dem CSU zu einer Sondersitzung trifft und den Fall vom Samstag besprechen wird. Die AEU hat ein Zeitfenster in der Sitzung für sich beantragt, um von dem CSU ein Eingeständnis für seine Verantwortung zu verlangen. (*Nómada*)

## **Was vom Vorbeugezustand von Giammattei und den militarisierten Landkreisen geblieben ist**

**Mixco, 25. Jan.** - Es war vorhersehbar. Nach der Operation ‚Wiedererlangung und Kontrolle 1‘, die während der sechs Tage des Vorbeugezustandes in Mixco und San Juan Sacatepéquez zwischen dem 17. und 22. Januar umgesetzt wurde, würde nun Phase 2 kommen. Kaum ein Tag, bevor der Präsident Phase 2 dieser Operation in einem der gewalttätigsten Landkreise im Land, Villa Nueva (nahe der Hauptstadt), verkündete, wurden die Ergebnisse der Phase 1 vorgestellt.

### **Was passierte und (was wandelte sich) in Mixco y San Juan Sacatepéquez?**

Nur drei Tage nach seiner Amtseinführung verkündete der Präsident Giammattei die Einführung eines Vorbeugezustandes in den Landkreisen von Mixco und San Juan Sacatepéquez. Höchst überraschend in Bezug auf die Orte und die Entscheidung selbst veröffentlichte er dieses Dekret im Amtsblatt und gab diesem den Namen Operation Wiedererlangung und Kontrolle 1. Er versicherte, dass mit dieser Aktion der Kampf gegen das Verbrechen, Auftragsmorde, Erpressungen und gegen das organisierte Verbrechen der Banden und Maras begonnen habe. [*Es sei daran erinnert, dass in San Juan Sacatepéquez der Konflikt zwischen den dort lebenden Kakchikel und Cementos Progreso schwelt und der gewaltfreie Widerstand dort kriminalisiert wurde, s. ¡Fijáte! 539, d.Red.*]

Laut dem ex-Innenminister, Carlos Menocal, "hat die Regierung damit jedes Zwangsmittel, das sie in der Hand hat, genutzt". Er stellte heraus, dass ohne vorherige Ermittlungen und Profiling eine solche Operation nur wenige Ergebnisse bringen könne. Des Weiteren meinte er, dass die "übergrosse Zahl an Kräften" diese Art von Operationen "schwer handhabbar macht". Menocal schlussfolgert, dass die Regierung die strategischen Ergebnisse vorstellen müsse, d.h. wenn der Hintergrund für den Vorbeugezustand das organisierte Verbrechen und der Wucher ist (was der Bürgermeister von Mixco einigen Kolumbianern vorwarf), dann muss das Ergebnis die Verhaftung aufgrund dieser Delikte sein.

In einer Pressekonferenz im Nationalpalast stellten der Stellvertretende Innenminister, Gendri Reyes Mazariegos, und der Generaldirektor der Polizei (PNC), Ervin Mayén Véliz, die Resultate der sechs Tage Militärpräsenz in Mixco und San Juan Sacatepéquez vor. Sie wurden dabei von dem Sprecher des Präsidialamtes, Carlos Sandoval, unterstützt.

Dieser meinte, dass die Wirkung bereits an der Zahl der registrierten Morde in den beiden Landkreisen während der sechs Tage im Vergleich zu denen zur selben Zeit des vorherigen Jahres erkennen könne: eine Senkung von fünf bzw. sieben Morden. Diese positiven Ergebnisse seien nur dank des Vertrauens und der Zusammenarbeit der Bevölkerung in den beiden Landkreisen möglich gewesen. Diese habe "durch die Präsenz der Ordnungskräfte Ruhe gespürt", sagte Sandoval. Während des Vorbeugezustandes habe die Telefonnummer 1574 des MP 3.175 Anrufe erhalten und die 110 der Polizei 264, wobei allerdings nicht gesagt wurde, wie häufig diese Nummern normalerweise angerufen werden.

Als diese Massnahme verkündet wurde, war die Auswahl der beiden Landkreise mit Überraschung aufgenommen worden, da sie sich nicht unter den fünf gewalttätigsten im Departement Guatemala befinden. Laut einem Bericht der Organisation *Diálogos* vom Dezember 2019 befand sich Mixco an Platz 10 mit einer Mordrate von 33.6 pro 100.000 Einwohnern, gefolgt auf Platz 11 von San Juan Sacatepéquez mit einer Mordrate von 25. In den drei gewalttätigsten Landkreisen sind die Werte viel höher: Guatemala (66,5), Fraijanes (57,3) und San Pedro Ayampuc (52,6).

Ervin Mayén von der PNC erklärte, dass die Auswahl dieser beiden Landkreise auf Grundlage von Statistiken über die Präsenz von Banden, also jenen Verbrecherorganisationen, die Giammattei den Schlaf rauben und die seine gesetzliche Agenda zum Kampf gegen diese motiviert: "Die Operation an diesen Orten bezieht sich auf Schwerpunktgebiete, da bei den Statistiken zur Bandenkriminalität Mixco auf Platz drei liegt", sagte Mayén. San Juan Sacatepéquez, das an Mixco grenze, sei aufgenommen worden, weil die Behörden von direkten Beziehungen zwischen den kriminellen Banden in Zone 6 von Mixco und denen in Ciudad Quetzal erfahren hätten. Laut Mayén fokussiere sich die Bandenkriminalität von San Juan Sacatepéquez in eben diesem Ciudad Quetzal.

Mayén schlussfolgerte, dass die Operation dazu gedient habe, um die 1.500 PolizistInnen des Kommissariats 16, das die beiden Landkreise umfasse, zu stärken und zu unterstützen, die mit ihren Operationen in dem Gebiet fortfahren werden. Weiterhin habe man Territorien zurückgewonnen, indem man (...) Orte entdeckt habe, an denen Waffen versteckt und Schiessübungen durchgeführt wurden. An der Aktion haben 1.500 Angehörige der Streitkräfte und 1.200 PolizistInnen der PNC teilgenommen. 31 Personen wurden festgenommen. Darunter auch drei Ausländer, ein Kolumbianer und zwei Salvadorianer, die an die Migrationsbehörde übergeben wurden.

Laut Mayén war eines der Ziele, den illegalen Wucher einzudämmen, aber er konnte nichts über die Festnahme von Mitgliedern solcher kriminellen Vereinigungen sagen. Nach seinen Worten geben die Wucherer oder Geldverleiher informelle, undokumentierte Kredite mit hohen Zinsen aus. Für unmittelbare Bedürfnisse scheinen diese Kredite eine mögliche Lösung zu sein, aber die Wucherer nutzen Einschüchterungen, Drohungen und Gewalt, um ihr Geld wieder einzutreiben. „Wir haben Fälle registriert, in denen Geld verliehen wurde, mit dem Mordaufträge bezahlt wurden.“

Die MP berichtete kürzlich, dass in einer Immobilie in der Zone 11 während einer von 23 Hausdurchsuchungen in Mixco, die sie während der sechs Tage des Vorbeugezustandes durchführten, 147.174 Q (= knapp 17.000 €) beschlagnahmt habe. Die Razzia beruhte auf Anzeigen von bedrohten KreditnehmerInnen aus dem Ausland.

Auf die Frage, ob 31 Verhaftete das erhoffte Ergebnis der ganzen Aktion gewesen seien, gerade angesichts der massiven menschlichen Ressourcen, die in die Operation gesteckt worden seien, gab der stellvertretende Innenminister, Gendri Reyes Mazariegos, keine klare Antwort. Über seinen Ministeriumssprecher antwortete er: "Die Operationen werden weitergeführt und daher werden weitere Ergebnisse in diesem Prozess folgen. Die Arbeit mit dem MP versucht, die kriminellen Banden zu zerschlagen, die an neuralgischen Punkten tätig sind. Die Verhaftungen werden nach strategischen Gesichtspunkten durchgeführt, der Schwerpunkt dabei bei den Bandenchefs gelegt, die in jenen Sektoren tätig sind, gegen die vorgegangen werden wird", sagte Reyes Mazariegos demnach.

### **Die Rückkehr der Streitkräfte auf die Strassen**

Diesen Freitag begann die Operation Wiedererlangung und Kontrolle 2 im Landkreis Villa Nueva, die in den nächsten sechs Tagen unter dem Status der Vorbeuge steht. Auch hier nehmen etwa 1.000 Angehörige des Militärs teil. Die MP berichtete von 63 Razzien, von denen die Staatsanwaltschaft gegen Erpressung 40 unternahm, allesamt auf Anzeigen von Transportunternehmen hin. Diese wurden durch die erzwungene Zahlung wöchentlicher Raten an die Erpresser um insgesamt 177.390 Q (=20.452 €) erleichtert.

Mario Mérida, pensionierter Oberst der Streitkräfte, meint, dass es dumm sei, während des Vorbeugezustandes Militärs in den Strassen einzusetzen, da sie dafür nicht ausgebildet worden seien. „Die Reaktion der Streitkräfte (auf einen Angriff von ZivilistInnen) ist übermässig“, sagt Mérida. Zudem seien Soldaten nur an Kriegswaffen ausgebildet worden. Daher wären sie strukturell gar nicht in der Lage, eine angemessene bewaffnete Antwort zu geben. Die Aufgabe des Heeres sei eher die Begleitung, bei einem Angriff aber seien den Soldaten die Hände gebunden.

Menocal relativiert die Aussagen Méridas, etwa, wenn er sagt, dass der Rückgang der Morde in den vergangenen Jahren nicht in Verbindung stünde mit dem Abzug der bewaffneten Kräfte aus den Strassen seit 2016.

## Gesetz zur Förderung behinderter Menschen in Arbeit und Bildung verabschiedet

**Guatemala, 30. Jan.** - Der Gesetzentwurf zur Förderung behinderter Menschen in Arbeit, Beschäftigung und Bildung wurde in zweiter Lesung angenommen. Zunächst hatte er nicht auf der Tagesordnung gestanden, wurde dann aber angenommen und verabschiedet. Noch vergangenen Dienstag fehlte das notwendige Quorum anwesender Abgeordneter. Das Gesetz beinhaltet Mindestquoten für die Mitarbeit von behinderten Menschen in der staatlichen wie der privatwirtschaftlichen Arbeitswelt. Darüber hinaus sollen Sensibilisierungs- und Ausbildungspläne zum Thema Menschen mit Behinderungen durchgeführt werden, um die von Guatemala eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

## Können Abgeordnete, die nicht Parteimitglieder sind, eine Fraktion dieser Partei führen?

**Guatemala, 30. Jan.**- Anlässlich der Bestimmung, welche Abgeordnete einer Fraktion in die verschiedenen Ausschüsse schickt, traten in gleich drei Fraktionen – PAN (2 Abgeordnete) , BIEN (8 Abgeordnete) und VICTORIA (4 Abgeordnete) – Diskussionen darüber auf, wer denn die Fraktion führen sollte und damit auch darüber entscheiden, wer von ihnen in welchen Ausschuss gehen soll.

Innerhalb von BIEN gibt es eine fünf-köpfige Gruppe unter Führung von Evelyn Morataya und eine andere Gruppe aus drei Mitgliedern, angeführt von Fidel Reyes Lee, die um die Fraktionsspitze kämpfen. Reyes Lee verwies darauf, dass die fünf gar keine (...) Parteimitglieder seien. Morataya hielt das auch gar nicht für nötig, um eine Fraktion zu führen. Ähnlich sieht es in der Partei VICTORIA aus: Dort behaupteten die Gebrüder Juan Carlos und Manuel de Jesús Rivera, sie seien für die Posten als Fraktionschef und -vize zu bestimmen, da deren beiden Kollegen, Manuel Choc Caal und Julia Anshelm-Möller, gar nicht zur Partei gehörten, ja dass sie kürzlich mit einem Schal der Humanistischen Partei gesehen worden seien. Und schließlich stritten sich in der kleinen zweiköpfigen Fraktion von PAN Manuel Conde und Eduardo Zachrisson Castillo: der erste sagte, dass Zachrisson gar nicht Parteimitglied sei und deshalb nicht Fraktionschef werden könne, während Zachrisson Castillo ein Dokument des Obersten Wahlgerichts hervorzog, nach dem sein angeblicher Austritt von seinem Posten als PAN-Sekretär im Department Guatemala auf einer Verwechslung beruhe. Dieser Streit wurde zugunsten von Conde gelöst. (Prensa Libre)

## Die Migrationskrise nimmt wieder zu

**Tecún Umán, 22. Jan.** - Mangelnde Nahrungsmittel, fehlendes Wasser und die Verzweiflung haben sich zu den Hauptproblemen der tausend HonduranerInnen entwickelt, die sich noch in der Grenzstadt Tecún Umán, San Marcos befinden und noch immer versuchen, über Mexiko einen Weg in die USA zu finden. Die ersten Abgänge von MigrantInnen wurden am 21. Januar sichtbar, als einige hundert Personen, meist Kernfamilien, die Karawane verliessen, die am 15. Januar in San Pedro Sula in Honduras aufgebrochen war.

Eine der größten Schwierigkeiten, denen sich die HonduranerInnen gegenübersehen, war die Knappheit der Nahrungsmittel und das, obwohl die Casa del Migrante nach Angaben von dessen Direktor in Tecún Umán, Fernando Cuevas, dort 1.200 Essensrationen pro Mahlzeit vorbereitet hatte. Angesichts der „wachsenden Zahl“ von Migrationswilligen, die die mexikanische Grenze passieren wollen, sei mehr Nahrung notwendig, um eine Ernährungskrise zu verhindern. Daher rief Cuevas die nationale und internationale Gemeinschaft zu einer Nothilfe auf.

Eine kleine Gruppe von MigrantInnen überlegt, eine neue Anfrage an die mexikanische Regierung zu senden, um dieser ihre Bereitschaft zu erklären, in kleinen Gruppen in Mexiko einzureisen, die erforderlichen Einwanderungsverfahren durchzuführen und dann ihre Reise in die Vereinigten Staaten fortzusetzen. Ein Migrant namens Marcos López sagte, dass sie hofften, etwa 9.000 MigrantInnen in den kommenden Wochen zusammen zu bekommen, um die internationale Brücke Dr. Rodolfo Robles zu erreichen und Mexiko zu zwingen, sie passieren zu lassen. Laut einem hohen Funktionär des Nationalen Migrationsinstituts von Mexiko sei dessen Antwort auf die Eingabe stets dieselbe: Mexiko könne keine Personen passieren lassen, die nicht die Einwanderungs- und Visabestimmungen durchlaufen hätten. Er fügte hinzu, dass die Sicherheit in der Grenzregion durch Angehörige der Nationalgarde und der Föderalen Polizei verstärkt werde. Während die MigrantInnen ungeduldig darauf warten, an die mexikanische Grenze zu gelangen, geht der Handel und der Schmuggel am Grenzfluss Suchiate ungebrochen weiter. (La Hora)

## Drohungen gegenüber dem Direktor der Casa del Migrante

Pater Mauro Verzeletti, Direktor des Casa del Migrante de Guatemala, zeigte gegenüber der Staatsanwaltschaft (MP) Drohungen gegen seine Institution an. Diese betreut MigrantInnen, darunter jene HonduranerInnen, die eine Karawane mit dem Zielort USA gebildet haben. Verzeletti berichtete von einem Telefonanruf am letzten Montag (20.01.), in dem ein Mann sich als Generaldirektor für Migration ausgab und ihm und dem Personal der Casa del Migrante „in einer unangebrachten Sprache“ Gewalt androhte. Am folgenden Tag wiederholte sich der Anruf. Der Pater zitierte den Anrufer damit, dass sich womöglich eine Bevölkerungsgruppe organisieren werde, „um der Arbeit der Casa del Migrante ein Ende zu bereiten“. Bereits 2018 während der ersten Karawanen erhielt Verzeletti Morddrohungen und erhielt Schutzmassnahmen auf der Basis eines Urteils des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichts. (El Periodico)

## Eine neue Karawane MigrantInnen: Organisator in El Salvador verhaftet

Verschiedene Medien in Mexiko berichten von einer Zusammenkunft für eine neue Karawane von HonduranerInnen

und SalvadorianerInnen, die am 31. Januar starten soll. Es wird erwartet, dass etwa 8.000 Menschen teilnehmen sollen, um den Weg an die US-Grenze zu schaffen. Es wäre der zweite derartige Versuch in diesem Jahr. Laut der mexikanischen Zeitschrift *Excelsior* handle es sich dabei vorwiegend um HonduranerInnen, die nach Honduras zurückgeschickt wurden und sich mit SalvadorianerInnen mit ähnlichem Hintergrund vereinen sollen.

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass die Polizei von El Salvador am 27. Januar einen Mann namens Carlos Vladimir Ramírez verhaftet habe. Diesem werfen sie illegalen Menschenschmuggel und die Verantwortung für die Bildung der Karawane der MigrantInnen vor. Diese Karawane aus HonduranerInnen und SalvadorianerInnen, die sich morgen zusammenschließen soll, wäre damit die zweite Karawane. Die erste war am 14. Januar in Honduras gestartet und wurde inzwischen von der Nationalgarde Mexikos aufgelöst. Von diesen kehrten Dutzende wieder in ihr Land zurück. Ende 2018, Anfang 2019 durchquerten Tausende MigrantInnen in verschiedenen Karawanen Guatemala und später Mexiko. Das mexikanische Nationale Institut für Migration (INM) informierte darüber, dass zwischen dem 18. und dem 27. Januar die betreute Rückkehr von 2.303 HonduranerInnen in zehn Flügen oder auch in Bussen durchgeführt worden sei. Diese Aktivitäten sollen zeigen, dass es für „eine sichere Form der Migration“ eintrete. (La Hora, 30.01.)

## **Kriterien für die Berufung in den Obersten Gerichtshof: Mindestzahl von 73 Punkten bleibt**

**Guatemala, 24. Jan./4. Feb.** - Die Berufungskommission für die Wahl der RichterInnen des Obersten Gerichts (CSJ) wollte die Kriterien für die Auswahl der KandidatInnen ändern. Dadurch könnten weniger qualifizierte KandidatInnen doch eine/r der 13 RichterInnen des CSJ werden. Bisher war vorgesehen, dass nur jene KandidatInnen, die mehr als 73 Punkte erhielten, berücksichtigt werden sollen. Aber, wollen wir raten, was passieren wird?

Für die Berufenden schien es keine gute Idee zu sein, die Mindestquote auf 73 Punkte zu setzen, besser wäre es doch, wenn jede/r ein/e zukünftige/r RichterIn sein könne, egal ob man 2, 63 oder 75 Punkte zusammen bekommen hat. Egal! Warum diese Veränderung? Weil sie obskure Personen (jene mit schlechten Qualifikationen) in den CSJ entsenden wollen. Um so die korrupten Abgeordneten und PolitikerInnen beschützen zu können. Die gute Nachricht ist, dass eine solche Veränderung noch nicht durch ist. Durch starken Druck könnte ein solches Desaster verhindert werden. Und tatsächlich am 3. Februar berichtete Nómada davon, dass die Mindestzahl von 73 Punkten bleibt. (Nomada)

## **PBI-Guatemala ist besorgt über die Situation im Polizeiarchiv (La Isla)**

Am 12. Januar veröffentlichte das Guatemala-Projekt von Peace Brigades International (PBI) die Information, dass das Oberste Gericht (CSJ) eine öffentliche Anhörung zur Situation des Historischen Polizeiarchivs (AHPN, *bekannt durch den Film «La Isla» von Uli Stelzner, d.Red.*) auf den 24. Februar verschoben hat. (...) Die im AHPN gelagerten Polizeidokumente waren (und sind) extrem wichtig, um Verantwortliche für schwere (Kriegs-)Verbrechen vor Gericht zu bringen, darunter hohe Polizei- und Militärangestellte, z.B. im Genozid-Prozess gegen Efraín Ríos Montt, im Mai 2013.

Im Juli 2018 wurde der seit 2005 amtierende Direktor ohne Angaben von Gründen entlassen. Seit Beginn 2019 wurde die Zahl der MitarbeiterInnen kontinuierlich abgebaut: Von einst bis zu 200 MitarbeiterInnen blieben im Juni 2019 nur noch 35 übrig. Nun gebe es noch 15 „weniger Qualifizierte“, wie der Menschenrechts-Ombudsmann, Rodan, sagte. Er macht sich für La Isla stark. Ihn, Menschenrechtsorganisationen, die den Opfern und Überlebenden des bewaffneten Konfliktes beistehen, und alle, die Erinnerungsarbeit in Guatemala leisten wollen, erfüllt die Situation mit Sorge.

**¡Fijáte!**

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>  
[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

### **Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel  
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

### **Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)**

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

### **Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6